



Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im

### *Die politische Lage in Deutschland*

## Der Geist, der stets verneint Grüne müssen sich von Gewalttaten distanzieren

In dieser Woche stand der Castortransport nach Gorleben im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Wieder einmal spielten sich mittlerweile leidlich bekannte Szenen ab. Wir sahen viele friedliche Demonstranten, aber auch eine Horde marodierender Chaoten, die die zahlreichen Polizeieinsatzkräften bis an die Grenzen der Belastbarkeit terrorisierten. Freie Meinungsäußerung und friedlichen Bürgerprotest sieht anders aus.

Natürlich ist das Demonstrationsrecht in einem freiheitlichen Rechtsstaat ein hohes Gut. Wir achten und schützen dieses Recht, auch wenn wir die politischen Ziele der Demonstranten nicht teilen. Neben dem friedlichen Protest waren im Wendland aber auch Demonstranten zu beobachten, die gezielt schwere Straftaten begangen haben. Wer mit Steinen wirft, Schienen lockert oder Brandsätze auf Fahrzeuge wirft, gefährdet das Leben anderer Menschen und überschreitet damit eine Grenze, die unter keinen Umständen überschritten werden darf. Wir erwarten deshalb von den Grünen, die ja prominent vor Ort vertreten waren, dass sie sich klar und unmissverständlich von Gewalt und Rechtsbruch distanzieren. Der Einwand, man habe nicht zur Gewalt aufgerufen, reicht in diesem Zusammenhang nicht aus. Bereits jenseits von Gut und Böse – das ist allerdings keine Überraschung – befinden sich dagegen offenbar die SED-Erben im Deutschen Bundestag. Elf Abgeordnete der Linksfraktion haben einen Internetaufruf zur Aktion „Castor schottern“ unterzeichnet. Dies ist ein Aufruf zu einer Straftat. Welches demokratische Verständnis haben Bundestagsabgeordnete, wenn sie andere zu einer Straftat verführen wollen?

Von den Grünen erwarten wir dagegen, dass sie auch in der Opposition ihrer Verantwortung gerecht werden und die Bürger nicht mit ihrer Doppelzüngigkeit verwirren. Die Rücknahme des kerntechnischen Abfalls aus Frankreich ist ein Gebot überparteilicher Verantwortung. Die Castor-Transporte wurden auch unter Rot-Grün durchgeführt und damals von Umweltminister Jürgen Trittin mit den Worten verteidigt, dass die Grünen gegen die Transporte „in keiner Form sitzend, stehend, singend, tanzend demonstrieren“ sollten, denn schließlich seien die rechtlichen Voraussetzungen für den Transport gegeben. Heute erinnern sich die Grünen nicht mehr an diese Worte und fahren auf Traktoren an der Spitze der Demonstration. Offenbar sind für die Grünen Castortransporte nur dann zu verteideln, wenn sie nicht regieren. Das ist Heuchelei pur.

Ebenso ungeheuerlich sind die Äußerungen Claudia Roths, dass die Polizei das Demonstrationsrecht schützen und nicht behindern solle. Wo ist denn der Anlass für diesen Satz? Andere aus dem grünen Lager haben beide Seiten zur Gewaltlosigkeit aufgefordert. Was soll diese Gleichsetzung? Als ob irgendein Polizist, der eine Demonstration schützt, die Absicht hat, Gewalt anzuwenden! Die Strategie der Polizei ist deeskalativ. Sie reagiert auf die Gewalt von anderen. Eine gleichzeitige Aufforderung an Polizei und Demonstranten, keine Gewalt anzuwenden, ist eine Unverschämtheit. Wir dagegen wollen allen Polizisten, denen der Bundespolizei und den Polizeikräften der Länder, für ihren kräftezehrenden Einsatz von Herzen danken. Wir zollen Respekt für ihren Einsatz und ihr Augenmaß, mit

dem sie die kritischen Situationen gemeistert haben. Sie hätten einen gesetzlichen Auftrag, und sie haben ihn besonnen und konsequent erfüllt. Sie wurden beschimpft, bespuckt und angegriffen, aber sie haben sich dadurch nicht aus der Ruhe bringen lassen. Ihnen allen sollte der Dank und die Anerkennung aller im Deutschen Bundestag vertretenden Parteien gelten! Die Polizei muss von allen – wo immer sie politisch stehen – in Schutz genommen werden, wenn sie Recht und Ordnung durchsetzt und das Demonstrationsrecht friedlicher und rechtstreuer Bürger schützt.

Nun sagen manche – wie z.B. auch der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei – wegen der Laufzeitverlängerung habe die Bundesregierung diese Demonstrationen quasi provoziert. Wer so etwas beschließe, dürfe sich nicht wundern, wenn Demonstrationen auf der Straße eskalierten. Offenbar hat hier das SPD-Parteibuch und nicht die Sorge um das Wohl der Polizisten die Oberhand über das Urteilsvermögen des Herrn Freiberg erlangt. Diese Sichtweise ist schlicht abenteuerlich! Man kann zur Laufzeitverlängerung stehen wie man will, aber eine solche Argumentation beschädigt die parlamentarische Demokratie und verletzt die Würde des Parlaments. Ein Parlament hat das Recht, etwas Streitbares zu beschließen. Eine Opposition hat das Recht, dagegen hart und laut zu opponieren. Demonstranten haben das Recht, dagegen zahlreich und intensiv zu demonstrieren und das im Grundgesetz verankerte Grundrecht, sich friedlich und ohne Waffen zu versammeln, auszuüben. Aber eine Opposition und Demonstranten haben politisch nicht das Recht, gegen eine demokratische Entscheidung zum zivilen Ungehorsam aufzurufen. Das ist ein Skandal. Die Straße hat keine höhere demokratische Legitimation als Parlament und Gesetz! Es ist ein Spiel mit dem Feuer, wenn Parteien den Druck der Straße nutzen um demokratisch legitimierte Mehrheitsverhältnisse und die daraus resultierenden Entscheidungen auszuhebeln.

Das zeigt sich nicht nur in Gorleben, sondern zieht sich mittlerweile wie ein roter Faden durch grüne Politik. Sie demonstrieren in Stuttgart für eine oberirdische, zeitgleich an der Rheintalbahn für eine unterirdische Streckenführung. Sie sind für Windkraft, aber gegen Stromtrassen und -leitungen. Sie sind für regenerative Energien, aber gegen Wasserkraftwerke. Sie sind gegen das Abholzen von 25 Bäumen im Stuttgarter Schloßgarten, aber ein ganzer Wald darf schon mal fallen, wenn sich mit den Stämmen die Straße nach Gorleben verbarrikadieren lässt. Diese Beliebigkeit erinnert an ein trotziges kleines Kind. Bekommt man seinen Willen nicht, heißt es im Zweifel erst mal: „NEIN!“. Wer so handelt, kann keine Verantwortung für unser Land übernehmen. Nachdem sich die Linkspartei ohnehin als ernstzunehmende politische Alternative ausschließt, die SPD unter dem Wendehals Gabriel weiter in die Bedeutungslosigkeit verschwindet, verabschieden sich nun auch die Grünen aus dem Spektrum seriöser politischer Diskussionspartner. Es kommt also weiterhin auf die Union an. Wenn wir es gemeinsam mit der FDP nicht schaffen, die nötigen Weichenstellungen für unser Land vorzunehmen, dann schafft es offenbar niemand!

## Die Woche im Parlament

In 2. und 3. Lesung stand das **Gesetz zur Neuordnung des Arzneimittelmarktes in der GKV (Arzneimittelmarktneuordnungsgesetz)** zur Verabschiedung an. Mit ihm werden langfristige strukturelle Änderungen des Arzneimittelmarktes eingeführt. So müssen Pharmaunternehmen künftig den Nutzen für alle neuen Arzneimittel nachweisen und den Erstattungsbetrag mit der gesetzlichen Krankenversicherung vereinbaren. Der Arzneimittelmarkt in der gesetzlichen Krankenversicherung wird dereguliert, etwa durch die Verschlinkung von Wirtschaftlichkeitsprüfungen. Therapiehinweise und Verordnungsausschlüsse werden klarer geregelt. Rabattverträge für patentfreie und wirkstoffgleiche Arzneimittel (Generika) werden wettbewerblischer und patientenfreundlicher gestaltet.

In 2. und 3. Lesung haben wir in dieser Woche das **Gesetz zur nachhaltigen und sozial ausgewogenen Finanzierung des Gesundheitswesens (GKV-Finanzierungsgesetz)** verabschiedet. Damit wollen wir die strukturellen Probleme des heutigen Finanzierungssystems beheben. Unvermeidbare, über die Einnahmeentwicklung hinausgehende Ausgabensteigerungen werden durch einkommensunabhängige Zusatzbeiträge der Mitglieder finanziert. Damit die Beitragszahler vor einer unverhältnismäßigen Belastung geschützt sind, wird ein unbürokratischer und gerechter Sozialausgleich eingeführt.

Mit dem **Ersten Zwischenbericht zur Evaluation des Kinderförderungsgesetzes** berichtet die Bundesregierung in dieser Woche über den Stand des Ausbaus der Betreuungspplätze für Kinder unter drei Jahren, der zugleich auch eine Einschätzung zum weiteren Entwicklungsbedarf liefert.

Mit dem in 2. und 3. Lesung verabschiedeten **Ersten Gesetz zur Änderung des Stipendienprogramm-Gesetzes** wird festgelegt, dass der Bund bei der Finanzierung der Stipendien den Landesanteil übernimmt. Außerdem wird der Bund den Hochschulen ihre Akquisekosten in Höhe von 7 Prozent der einzuwerbenden privaten Mittel erstatten. Die Steigerung der Mittel für die Bereitstellung der Stipendien soll künftig ohne Zustimmung des Bundesrates erfolgen.

In 2. und 3. Lesung stand das **Gesetz zur Stärkung des Schutzes von Vertrauensverhältnissen zu Rechtsanwälten im Strafprozess** zur Verabschiedung an, mit dem Rechtsanwälte in den absoluten Beschlagnahmenschutz des § 160 a StPO einbezogen werden.

Mit dem in 1. Lesung beratenen **Gesetz zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts** werden Konsequenzen aus wiederkehrenden Fällen von Kindesmisshandlungen und -vernachlässigungen gezogen. Das Erfordernis eines ausreichenden persönlichen Kontakts zwischen Vormund und Mündel mit Berichtspflicht wird gesetzlich verankert und die Pflicht des Vormunds zur Pflege und Erziehung des Mündels stärker hervorgehoben. Zudem sollen die Fallzahlen in der Amtsvormundschaft auf maximal 50 Vormundschaften je Mitarbeiter begrenzt werden.

Mit dem in 1. Lesung beratenen **Siebten Gesetz zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuches** wird die Höhe der prozentualen Bundesbeteiligung an den Leistungen für Unterkunft und Heizung für das Jahr 2011 gesetzlich angepasst. Der Beteiligungssatz des Bundes wird für das Jahr 2011 für Niedersachsen auf 24,5 Prozent festgesetzt.

Unser Antrag **Mobilität nachhaltig sichern – Elektromobilität fördern** fordern wir die Bundesregierung auf, die Förderung der Elektromobilität im Bereich Grundlagenforschung, Batterieelektrik und Netzgestaltung voranzutreiben, die existierenden Forschungsprogramme entsprechend zu fokussieren und auf hohem Niveau zu verstetigen. Die internationale Standardisierung muss ebenso vorangetrieben werden wie die Förderung der Modellregionen in Deutschland. Gleiches gilt für die ordnungspolitische Anpassung im Bereich der Nutzungsrechte, die Stadtplanung sowie eine eventuelle steuerliche Förderung.

Mit unserem Antrag **60 Jahre Europäische Menschenrechtskonvention** würdigen wir den 60. Jahrestag der Un-

terzeichnung der Europäischen Menschenrechtskonvention. Der Antrag zeigt die Entwicklung, den Erfolg und die Herausforderungen auf, vor denen der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte steht. Wir fordern die Bundesregierung auf, allen Versuchen, die universelle Geltung der Menschenrechte in Frage zu stellen, mit größter Entschiedenheit entgegenzutreten und die Zivilgesellschaft einzubinden, um systematisch menschenrechtliche Grundkenntnisse zu verbreiten.

In Deutschland, dem Land der Ideen, sollen neue Technologien nicht nur entwickelt, sondern auch produziert und angewandt werden. Mit unserem Antrag **Existenzgründungen aus Forschung und Wissenschaft – Für einen starken deutschen Innovationsstandort** fordern wir die Bundesregierung auf, die Umsetzung zusätzlicher Maßnahmen innerhalb des 12 Mrd. Euro Programms für Bildung und Forschung in Angriff zu nehmen. Hightech-Gründungen sind weiter zu fördern, um damit den Technologietransfer weiter zu verbessern. Jungen Technologieunternehmen soll der Zugang zu Wagniskapital erleichtert werden. Durch geeignete Maßnahmen soll zudem dringend benötigtes privates Kapital für deutsche Venture Capital-Fonds mobilisiert werden. Erleichtert werden sollen auch Gründungen aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen heraus.

## Daten und Fakten

**Zahl der Arbeitslosen sinkt unter 3 Mio.:** Die Zahl der Arbeitslosen ist im vergangenen Monat mit rund 2.945.000 (-86.000 gegenüber dem Vormonat), auf den niedrigsten Stand seit 18 Jahren gesunken. Die Arbeitslosenquote sank auf 7 Prozent (-0,2 Prozent), saisonbereinigt 7,5 Prozent. Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung haben in saisonbereinigter Rechnung deutlich zugenommen und liegen über dem Vorjahresniveau. So stieg die Zahl der Erwerbstätigen im September saisonbereinigt um 35.000, die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten saisonbereinigt um 48.000. Auch die Kurzarbeit verliert weiter an Bedeutung. Nach vorläufigen Daten wurde im August an 173.000 Arbeitnehmer konjunkturelles Kurzarbeitergeld gezahlt. Das waren 97.000 weniger als im Vormonat und 849.000 weniger als vor einem Jahr. Damit erreichen die Kurzarbeiterzahlen im August 2010 nur noch rund ein Zehntel des Höchststandes der Inanspruchnahme im Mai 2009.

(*Quellen:* Bundeagentur für Arbeit / Statistisches Bundesamt)

**Lebenserwartung erreicht Höchststand:** Mit einer Lebenserwartung für neugeborene Mädchen von 82 Jahren und 6 Monaten und für neugeborene Jungen von 77 Jahren und 4 Monaten erreicht die durchschnittliche Lebenserwartung den höchsten Stand seit Berechnung der ersten Sterbetafel 1871/1881. Im Vergleich zur Sterbetafel 2006/2008 stieg die Lebenserwartung für neugeborene Mädchen um 1 Monat, für neugeborene Jungen um 2 Monate. Statistisch gesehen kann heute jeder 2. Mann in Deutschland wenigstens seinen 80. Geburtstag und jede zweite Frau ihren 85. Geburtstag erleben. Im Vergleich dazu betrug die durchschnittliche Lebenserwartung eines neugeborenen Jungen in der Periode 1871/1881 nur 35 Jahre und 7 Monate und die eines neugeborenen Mädchens 38 Jahre und 5 Monate. Grund für den starken Zuwachs ist zum einen der Rückgang der Kindersterblichkeit und zum anderen die sinkende Sterblichkeit im Alter.

(*Quelle:* Statistisches Bundesamt)



**Landesgruppe  
Niedersachsen**  
CDU/CSU FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

### Vorsitzender:

Michael Grosse-Brömer MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030 – 227 79498  
Fax: 030 – 227 70139  
Email: stefan.krueppel@cducsu.de  
Internet: www.lg-nds.de